

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### Automatenknacker wurden verhaftet

Chur (AP) Zwei junge Männer haben in mehreren Kantonen 54 Geldautomaten von Autowaschanlagen aufgebrochen und geplündert. Wie die Staatsanwaltschaft Graubünden am Donnerstag mitteilte, erbeuteten die beiden Männer im Alter von 21 und 22 Jahren 8500 Franken und richteten einen Sachschaden von schätzungsweise 30 000 Franken an. Die beiden Männer aus dem ehemaligen Jugoslawien mit Wohnsitz in Luzern und St. Gallen brachen auf ihren nächtlichen Diebstählen im Graubünden 28, im Kanton St. Gallen zehn, im Glarus vier, im Fürstentum Liechtenstein sieben und in Zug und Luzern insgesamt fünf Automaten von Autowaschanlagen auf.

### Geld für aidsranke Transfusionsempfänger

Bern (AP) Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) will rund 80 Opfern von aidsverursachten Blutpräparaten je 1500 Franken pro Monat zukommen lassen. Insgesamt werden dafür 1,5 Millionen Franken jährlich bereitgestellt, wie das SRK am Mittwoch mitteilte. Diese Unterstützung werde nicht durch Spendengelder, sondern durch den Blutspendendienst finanziert. Die Unterstützung soll allen zukommen, die direkt durch SRK-Produkte infiziert wurden.

### Für flexibleres Schweizer Beamtengesetz

Bern (AP) Der Schweizer Nationalrat will dem Bundesrat mehr Freiheit bei der Besetzung von Spitzenposten und bei der Lohnpolitik einräumen. Er trat am Mittwoch auf die Vorlage zur Teilrevision des Beamtengesetzes ein und nahm die Detailberatung auf. Die Vorlage gilt laut Bundespräsident Otto Stich als Test für die Totalrevision des Beamtenrechtes. «Für die Bürger ist die Verwaltung das Gütesiegel des Staates», sagte Kommissionspräsident Hanspeter Seiler (SVP/BE). Die Teilrevision, die auf Vorstösse des Parlamentes zurückgeht, stärkt aus der Sicht der Kommission die Konkurrenzfähigkeit des Bundes auf dem Arbeitsmarkt und die Rolle des Bundesrates als Arbeitgeber und damit auch die Effizienz der Verwaltung.

### Elektronische Börse Schweiz kommt 1995

Zürich (AP) Nach langjähriger Aufbauarbeit steht die Elektronische Börse Schweiz (EBS) vor dem Start. Sie nimmt den Betrieb im kommenden Frühling auf, wie die Vereinigung Schweizer Börse am Donnerstag in Zürich bekanntgab. Die EBS macht die Ringbörsen in Zürich, Genf und Basel nach und nach überflüssig.

**Lassen Sie sich begeistern von unserer grossen Auswahl an Blusen**



Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan

## Ist die Regierung im Rückstand mit Gleichberechtigungsgesetzen?

FBP-Fraktion reichte Interpellation im Landtag ein – Regierung wird angefragt, ob sie die gesetzte Frist bis 1996 einhalten kann

(G.M.) – Die Regierung wurde im Sommer 1992 vom Landtag beauftragt, die Änderung jener Gesetze, die im Widerspruch zum Gleichberechtigungsgrundsatz von Mann und Frau stehen, bis spätestens Ende 1996 in Vorschlag zu bringen. Inzwischen sind dem Parlament keine diesbezüglichen Gesetzesvorlagen unterbreitet worden, so dass die FBP-Fraktion eine Interpellation einreichte, um nach dem Stand der Dinge zu fragen. Die Kernfrage der Interpellation lautet: «Ist die Regierung in der Lage, alle bezüglich des einschlägigen Verfassungsartikels abänderungsbedürftigen Gesetze dem Landtag bis Dezember 1996 in Vorschlag zu bringen?»

In der Verfassung heisst es seit 1992: «Mann und Frau sind gleichberechtigt.» Aufgrund dieses Verfassungsartikels wurde der Regierung mit dem Instrument einer von den damals zwei Fraktionen gemeinsam eingebrachten Motion der Auftrag erteilt, im Verlaufe der Legislaturperiode, spätestens bis Ende 1996, alle notwendigen Gesetzesänderungen vorzulegen. Aus einem im Mai 1992 von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille vorgelegten Bericht geht hervor, dass die Gleichberechtigung noch in wesentlichen Gesetzesbereichen nicht durchgesetzt ist. Mit der Interpellation fragt die FBP-Fraktion

die Regierung an, ob sie über eine Liste jener Gesetze verfüge, die noch nicht an den Verfassungsartikel über die Gleichberechtigung von Mann und Frau angepasst sind.

### Landtag setzte Frist

Über die Fristsetzung war sich der Landtag anlässlich der Behandlung des Verfassungsartikels einig, doch ergaben sich verschiedene Diskussionen über das Vorgehen. Im Gegensatz zu Anträgen aus dem Landtagsplenum war der damalige Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter der Auffassung, dass sich der Landtag nicht selbst eine Frist zur Anpassung der fraglichen Gesetze setzen dürfe. Hingegen herrschte Übereinstimmung, dass der Regierung ein entsprechender Auftrag erteilt werden sollte, damit in absehbarer Zeit die Gleichberechtigung auf Gesetzesstufe verwirklicht werden könne. Allerdings gab es schon zu jener Zeit den Vorbehalt, dass im sozialpolitischen Bereich, insbesondere im Zusammenhang mit der 10. AHV-Revision in der Schweiz, die mit grosser Wahrscheinlichkeit in unserem Land nachvollzogen wird, sich Zeitverzögerungen einstellen könnten. Der Landtag war aber der Auffassung, dass eine möglichst rasche Erledigung dieses Traktandums ein Gebot der Zeit sei, um

den Frauen zur Gleichberechtigung in allen Gesetzesbereichen zu verhelfen.

### Liste der anzupassenden Gesetze

Für die mit der FBP-Interpellation geforderte Liste der noch nicht an den Gleichheitsgrundsatz angepassten Gesetze hat der frühere Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille die Vorarbeiten geleistet. Schon 1984 erschien ein Bericht der Regierung, der alle Bereiche auflistete, die nicht dem Gleichheitsgrundsatz entsprachen. Auf dieser Grundlage würden in der Folge einige Anpassungen zugunsten der Frauen vorgenommen, und auch ein Zusatzbericht wurde 1992 darauf aufbauend erstellt, der sich mit der Frage der noch nicht angepassten Gesetze beschäftigte. Der Bericht zeigte deutlich, erklärte damals der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch, dass «ein überschaubarer Bereich im Sinne der Gleichberechtigung anzupassen ist». Er äusserte auch die Überzeugung, die anschliessend die Basis für die gemeinsame von FBP und VU eingereichte Motion bildete, dass eine Frist von ungefähr fünf Jahren ausreichend sei, um die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

### Durchbruch auf Gesetzesebene

In diesem Sinne hatte sich zu jenem

Zeitpunkt auch der zuständige Ressortinhaber für Justizwesen, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, geäußert. Unterschiedliche Auffassungen gab es bezüglich der Durchsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes: Während die Regierung die Auffassung vertrat, dass im Notfall eine Frau eine Klage beim Staatsgerichtshof einreichen könnte, um zu ihrem Recht zu gelangen, war der Landtag eher der Ansicht, dass die Gesetze möglichst rasch angepasst werden sollte, um dies verhindern zu können. Der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch drückte es damals recht pointiert aus, als er im Landtag seine Auffassung diesbezüglich kundtat: «Die Regierung sieht den Weg nicht darin, dass der Landtag selbst Fristen setzt, sondern dass bei entsprechender Verzögerung der Staatsgerichtshof den Gesetzgeber zu Rechtzeitigkeit zwingen kann. Ich sehe nicht ein, weshalb der gleichheitssuchende Bürger zuerst alle Gerichte anrufen und die diesbezüglichen Verfahren bezahlen muss, damit unser Verfassungsgericht dem Landtag das aufträgt, was dieser aus eigenem Antrieb hätte vornehmen können und inhaltlich bei Annahme dieses Verfassungsartikels offensichtlich auch vorzuziehen möchte.»

## Im Zeichen der österlich-freudigen Fronleichnamprozession



Der gestrige Fronleichnamfesttag stand ganz im Zeichen der österlich-freudigen Fronleichnamprozessionen, die am Morgen in unseren Gemeinden abgehalten wurden. Traditionsgemäss am ersten freien Donnerstag nach Abschluss der 50-tägigen Osterfeier wurde auch gestern die Eucharistie auf Strassen und Plätze hinausgetragen. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus der gestrigen Fronleichnamprozession in Vaduz. (Bild: Brigitt Risch)

## Neue Wege im Umweltschutz

Breiter Konsens in der Schweiz über neuen Weg im Umweltrecht

Bern (AP) Der Schweizer Ständerat hat am Mittwoch einmütig neue Wege im Umweltschutz beschritten. Die Revision des Umweltschutzgesetzes soll zentrale Neuerungen bringen: erste Lenkungsabgaben, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Staat, die Kontrolle der Gentechnologie sowie Vorschriften über die Abfallentsorgung und den Bodenschutz.

Bei erheblich gelichteten Reihen stimmte die Kleine Kammer als Erstrat der revidierten Vorlage mit 18 gegen eine Stimmen und einigen Enthaltungen zu. Die Abkehr vom «Polizeirecht» und die Einführung von marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumenten sowie der Zusammenarbeit von Bund und Wirtschaft im Umweltschutzbereich war in der Eintretensdebatte besonders in der herrschenden Übereinstimmung vom rot-grünen Ständesvertreter Gian-Reto Plattner (SP/BS) bis zur Wirtschaftsförde-

rung, lobte Kommissionsmitglied Bruno Frick (CVP/SZ). Die in der Vorlage enthaltenen Regelungen machen laut Kommissionspräsident Kurt Schüle (FDP/SH) beim Bund 30 bis 35 neue Stellen erforderlich.

Die Änderung des erst vor zehn Jahren in Kraft gesetzten Umweltschutzgesetzes sei zweifellos notwendig, betonte Bundesrätin Ruth Dreifuss. Die neuen Bestimmungen seien weder bürokratisch noch polizeirechtlich. Die Vorlage wurde weitgehend im Sinne des Bundesrates verabschiedet. Dreifuss bedauerte indes kein Misstrauen gegenüber dem Bundesrat, als der Rat verschiedentlich die bundesrätlichen Kompetenzen der Gesetzesauslegung einengte. Konsens herrschte auch über die Einführung von Lenkungsabgaben auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) sowie auf extraleichtem Heizöl mit mehr als 0,1 Prozent Schwefelgehalt.

## PEN-Tagung: Wege aus dem Hass

Öffentliche Veranstaltung im Theater am Kirchplatz

(G.M.) – «Wege aus dem Hass – Die europäische Aufgabe» heisst eine internationale Tagung, die an diesem Wochenende im Theater am Kirchplatz in Schaan durchgeführt wird. Veranstalter ist der PEN-Club Liechtenstein in Zusammenarbeit mit der Peter Kaiser Stiftung.

Das Fürstentum Liechtenstein ist als Tagungsort für diese bedeutsame Tagung auserwählt worden, wie PEN-Präsident Dr. Manfred Schlapp erklärte, weil unser Land von der Grösse her unverfänglich sei. Ursprünglich war vorgesehen, einen grossen, gesamteuropäischen PEN-Kongress zu diesem Thema durchzuführen, doch aus personellen und finanziellen Erwägungen wurde schliesslich die Form einer kleineren Tagung gewählt.

Dennoch kann sich die Liste der Referenten sehen lassen, die zum Thema Fremdenhass, Bürgerkrieg und nationaler Wahnsinn referieren werden. Herausragend der Bürgerrechtler Lew Kopelew, aber auch Schriftsteller wie Ralph Giordano, Thomas Luckmann

## Für koordinierte Transitverkehrspolitik

Montreux (AP) Die Verkehrsminister der Alpenländer haben sich in Montreux (VD) für eine koordinierte Politik im Transitverkehr ausgesprochen. In einer am Donnerstagabend veröffentlichten Erklärung der fünf Länder wird auch die Umsetzung der Alpen-Initiative erwähnt und eine diskriminierungsfreie Umsetzung verlangt.

An der zweitägigen Konferenz unter dem Vorsitz von Bundesrat Adolf Ogi nahmen die Minister Matthias Wismann (Deutschland), Bernard Bosson (Frankreich), Publio Fiori (Italien), Viktor Klima (Österreich) sowie ein Vertreter des EU-Verkehrskommissariats teil. Gemäss der gemeinsamen Erklärung soll der Transitverkehr Gegenstand konsequenter gesamteuropäischer verkehrspolitischer Anstrengungen sein. Nötig sei eine koordinierte Transitpolitik, um sektoral und räumlich isolierte Lösungen zu vermeiden. Die vorhandenen Transitachsen seien zu bewahren und nach dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen auszubauen. Zur Vermeidung von Überkapazitäten seien die einzelnen Ausbauschritte sorgfältig aufeinander abzustimmen.

Mehr über die PEN-Tagung mit einem Interview mit PEN-Präsident Dr. Manfred Schlapp im Innern der heutigen Ausgabe.